

Zeit und Gelegenheit den Euro abzuschaffen!

Die Geburt des Euros

Der Euro erblickte offiziell 1999 das Licht der Welt. Erst im Jahre 2002 wurden Münzen und physisches Papiergeld eingeführt. Der Einführung des Euros gingen Jahrzehnte an Vorbereitung voran. In einem ersten Schritt versuchte man sich mit der Anbindung der unterschiedlichen Währungen an eine Bandbreite innert derer sich die Wechselkurse der betroffenen Währungen zu bewegen hatten. Es war die Aufgabe der nationalen Notenbanken, diese Bandbreite einzuhalten. Bereits damals zeigte sich, wie schwierig dieses Unterfangen war. Einige Länder mussten aus diesem Verbund aussteigen, andere konnten sich darin halten, nachdem man mit verschiedenen Tricks die Marktmechanismen ausgehebelt hatte.

Rückblickend kann man feststellen, dass die Einführung der Einheitswährung kein Versuch war, sondern ein politisches Vorhaben, das um jeden Preis umgesetzt werden sollte. Der Widerstand gegen die Einheitswährung war teilweise beachtlich und kam nicht selten direkt aus der Bevölkerung. Dem deutschen Volk mussten etliche Versprechen gemacht werden, wovon kein einziges eingehalten wurde, um sie von ihrer geliebten starken Deutschen Mark zu trennen.

Eine Einheitswährung hat im täglichen Umgang sehr praktische Eigenschaften. Grenzüberschreitende Geschäfte innerhalb des Euroraums bedürfen keiner Währungsabsicherung. Die Umrechnung der Preise von einem zum anderen Land entfällt. Preise können direkt verglichen werden. Starke Volkswirtschaften brauchten sich nicht mehr zu fürchten, dass sie von schwächeren Volkswirtschaften durch die Abwertung ihrer Währung konkurrenziert würden. Der Abwertungsmöglichkeit beraubt, erhoffte man sich, dass die schwächeren Volkswirtschaften eine höhere Effizienz entwickeln würden. Diese Hoffnung entpuppte sich als Fehlannahme. Weshalb sollte sich eine Kultur ändern, nur weil sich die Währung ändert? Ich denke, dass auch kein Soziologe eine Antwort auf diese Frage hat. Die erwartete Effizienzsteigerung der «schwächeren» Volkswirtschaften hat nie stattgefunden. Im Gegenteil.

Vergegenwärtigen wir uns, dass die Volkswirtschaften im Euro-Raum zum einen unterschiedliche Fähigkeiten aufweisen, sich im Wettbewerb zu behaupten, zum andern ihre politischen Ausrichtungen teilweise stark divergieren. Man könnte es als physikalische Realität bezeichnen, dass eine solche Konstellation keine Einheitswährung verträgt.

Souveräne Währungen sind nichts anderes als ein Ventil, national spezifische Eigenheiten gegenüber den konkurrierenden Volkswirtschaften auszugleichen respektive abzufedern. Mit all ihren Nachteilen. Wenn uns die letzten 20 Jahre des Euros eines gezeigt haben, dann dies, dass man unterschiedliche Wirtschaftsentwicklungen und politische Gesinnungen nicht mit einer einheitlichen Geldpolitik steuern kann. Das käme der Quadratur des Kreises gleich. In der Zwischenzeit ist man diesbezüglich auch dazu übergegangen, den Euro als Friedensprojekt zu klassifizieren. Das rechtfertigt die Einheitswährung zumindest teilweise.

Kollateralschäden

Vor der Einführung des Euros und natürlich auch danach meldeten sich Wirtschaftsexperten, die sich teilweise vehement gegen dieses Projekt äusserten. So auch der vielbeachtete Hans Werner Sinn, deutscher Ökonom und von 1999 bis 2016 Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, in seinem Buch «Der EURO von der Friedensidee zum Zankapfel».

Der Ausstieg aus dem Euro wurde während der Finanzkrise regelmässig thematisiert. Im Zentrum der Diskussion standen vor allem Griechenland und Italien. Ein solches Szenario wurde auch verschiedentlich durchleuchtet und analysiert, mit dem Resultat, dass die Kollateralschäden in einer Übergangsfrist nicht vorhersehbar, aber heftig sein dürften.

Angefangen von den Schulden, die in Euro notiert sind bis zu den Handelsverknüpfungen und internationale Verträge. Aufgrund der erahnten Kollateralschäden begrub man diese Ideen zwangsläufig.

Die Zerwürfnisse zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften im Euroraum über die Politik der Europäischen Zentralbank sind seit Jahren offenkundig und akzentuieren sich in der aktuellen Krise, nicht unerwartet, deutlich. Sträfliche Versäumnisse einiger Euroländer, in politischer wie auch wirtschaftlicher Hinsicht, sollen nun durch die Staatengemeinschaft getragen werden. Diese Forderung darf nicht verwundern. Die fehlende Souveränität in der eigenen Währungspolitik gibt diesen Ländern keine andere Option zur Auswahl. Das Ventil einer eigenen Währung fehlt.

In meiner Tätigkeit als Dozent in Volkswirtschaft an den Hochschulen war ich, aus den bereits genannten Gründen, immer ein Gegner der Einheitswährung. Ein Ausstieg aus dem Euro hielt ich jedoch, aufgrund der zwischenzeitlichen Verflechtungen der Volkswirtschaften, und der Thematik der Verrechnungs-Konten (Target) bei der EZB, für hoch problematisch, verknüpft mit unabsehbaren Kollateralschäden. Deshalb taxierte ich den Euro als ein Übel ein, mit dem wir einfach leben müssen. Die aktuelle Krise verführt hingegen zu einem Umdenken.

Zeit und Gelegenheit den Euro abzuschaffen

Die politisch getriebenen Massnahmen des beinahe weltweiten Shutdowns führen zu Verwerfungen in der Wirtschaft, wie sie sich der Durchschnittsbürger schlicht nicht vorstellen kann. Die Angemessenheit dieser Massnahmen soll hier nicht erläutert werden. Die Kollateralschäden werden beachtlich sein. Ohne auch nur einen Beweis in der Hand zu haben, würde ich behaupten, dass die Schäden grösser sein werden, als wenn alle Länder wieder ihre eigene souveräne Währung einführen würden. Warum dieses gewaltige Desaster nicht gleich nutzen, die Souveränität über das nationale Zahlungsmittel den einzelnen Volkswirtschaften wieder zurückzugeben? Der daraus mit Sicherheit entstehende Schaden könnte im Corona-Shutdown womöglich untergehen.

Wer sagt, dass diese Massnahmen nicht plötzlich ungeahnte nationale Energie freierwerden lässt? Zurzeit wissen die Nordländer, dass sie wiederholt für die Südländer das Portemonnaie herhalten müssen, und die Südländer fühlen sich von den Nordländern verraten, weil sie einer Vergemeinschaftung der Schulden «noch» nicht zustimmen. Das Gezanke um die gemeinsame Geldpolitik und Vergemeinschaftung der Schulden wäre kein Thema mehr. Jede Volkswirtschaft könnte eine ihrer Bedürfnisse entsprechende Geld- und Währungspolitik führen und, als Konsequenz daraus, bei Fehlentscheidungen auch dafür geradestehen. Dieses Projekt könnte durch einen partiellen Schuldenschnitt etwas schmackhafter gestaltet werden. Ein grosser Teil der Staatspapiere befindet sich ohnehin in der Bilanz der EZB, welche diese mit neu geschaffenem Geld gekauft hat.

Die Idee ist sehr gewagt. Sie ist jedoch nicht so gewagt, wie der weltweite Shutdown. Die Idee verdient es, weiterentwickelt zu werden.